

LOKALES NIDDA

## Stadt Nidda will sich um Mittel aus Förderprogramm bemühen

Von ihm vor 1 Tag

Jetzt teilen:



Niddas Stadtverordnete sind sich einig, dass eine Gemeindeschwester eine Bereicherung für die Stadt und die Bürger wäre. Deshalb will man sich um Mittel aus Förderprogramm bemühen.



Jetzt ZinsPlus sichern!

Verlängert bis zum 31.05.

Karl-Dietz-Haus untergebracht. Die Stadtverordneten  
eine Stelle für eine Gemeindeschwester zu schaffen.

1. Archivfoto: Kaufmann



bis zu  
**0,66%**  
p. a. auf max. 75.000 €

ZinsPlus: Jetzt verlängert  
bis zum 31.05.2019!

Jetzt ZinsPlus sichern!

bis zu  
**0,66%**  
p. a. fürs Tagesgeld  
auf max. 75.000 €

Jetzt teilen:



NIDDA - Die Stadt Nidda will versuchen, eine Gemeindeschwester zu etablieren. Einen entsprechenden Antrag der Bürger-Liste (BL) diskutierten die Stadtverordneten während ihrer jüngsten Sitzung im Bürgerhaus. Zunächst soll die Stadtverwaltung aber beim Land Hessen in Erfahrung bringen, ob das Förderprojekt "Gemeindeschwester 2.0" auch 2020/21 läuft. Parallel wird der städtische Sozialausschuss beraten. Vertreter der Sozialstation und der Hausärzte sollen einbezogen werden.

Wie BL-Fraktionsvorsitzender Bernd Schoeps ausführte, werden die Menschen immer älter. "Neue Versorgungsformen erlangen immer größere Bedeutung, insbesondere im ländlichen Raum." Die Förderung durch das Programm "Gemeindeschwester 2.0" des Hessischen Sozialministeriums trage dem Unterstützungsbedarf vieler älterer Menschen Rechnung. Es gehe darum, sich zu kümmern, es gehe um soziale Aspekte. Wichtig sei dies für jenen Personenkreis, der in keinen formal anerkannten Pflegegrad eingestuft sei - aber dennoch Hilfe brauche, wenn Probleme bestehen, etwa psychosozialer Natur. Schoeps: "Diese Aufgabe können klassische Hausarztpraxen wegen enger zeitlicher und personeller Ressourcen nur noch unzureichend erfüllen." Wie der BL-Fraktionsvorsitzende erklärte, sei auch in Nidda die Situation der allgemeinmedizinischen Versorgung in einem altersbedingten Umbruch. Das Ministerium gewähre einen Zuschuss für eine Sozialarbeiterin oder eine Person mit ähnlicher Qualifikation; antragsberechtigt seien Hausarztpraxen und Kommunen. "Die Eingliederung einer solchen Funktion in die gut funktionierende Sozialstation bietet sich geradezu an", sagte Schoeps.

Christine Jäger von der SPD plädierte dafür, das Anliegen in den Sozialausschuss zu verweisen, da die Stadt beim Land ein Konzept vorlegen müsse, wenn sie einen Antrag stelle. "Wir haben eine gut funktionierende Sozialstation, mit der wir sprechen müssen, wenn wir dort eine zusätzliche Stelle einrichten wollen", sagte sie. Auch mache es Sinn, Vertreter von Hausärzten und Wohlfahrtsverbänden in den Ausschuss einzuladen. Jäger plädierte zudem dafür, Erfahrungen anderer Kommunen und Landkreise einzuholen.

Frank Boucsein (CDU) hatte Fragen: "Das Förderprogramm verteilt zwar Zuschüsse, aber es müsste zunächst eine Planstelle geschaffen werden. Wäre das in der

angespannten Haushaltslage vertretbar? Nach Ansicht der CDU trete die Stadt in Konkurrenz zu ambulanten Pflegediensten, weshalb Boucsein nachhakte: "Liegt dem Antrag eine dahingehende Bedarfsanalyse zugrunde?" Er wies auf den Förderzeitraum 2018/19 hin. "Damit dürfte der Antrag außerhalb des Geltungszeitraums liegen. Hat die BL Hinweise auf eine Neuausschreibung des Programms?" Wie Schoeps klarstellte, wolle die BL kein Konkurrenzangebot zu privaten Pflegediensten schaffen. "Genau das ist nicht der Fall. Es geht um Problemlagen älterer Menschen, bei denen mangels Pflegegrad kein Pflegedienst aktiv wird."

Marcus Stadler (Grüne) begrüßte die Initiative. "Die Förderrichtlinie ist sehr gut. Ob sie weiterverfolgt wird, werden wir sehen. Wir sollten versuchen, die Fördermittel zu bekommen." Sei das Geld bewilligt, könnten die Gremien über die Umsetzung beraten.

Thomas Jungermann (SPD) wiederholte den Standpunkt der SPD, wonach ein Förderantrag ohne Konzept nicht durchgehe.

Und Till Neumann (CDU) gab zu bedenken, dass die Realisierung inklusive Konzept, Schaffen einer Planstelle und Vorstellungsgesprächen sieben bis zehn Monate dauern könne. "Dann ist das Jahr um." Sinnvoller sei es, abzuwarten, ob die "Gemeindeschwester 2.0" auch 2020/21 wieder aufgelegt werde.

Bürgermeister Hans-Peter Seum (parteilos) bezeichnete das Programm als gut. Er schlug vor, offene Fragen durch die Verwaltung klären zu lassen, die Unterlagen anzufordern und das Thema im Ausschuss zu erörtern. Mit großer Mehrheit wurde dies so beschlossen.